

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 10

Artikel: Nationalrat gewährt mehr als nur eine dürftige Zeitenspende

Autor: Knill, Dominik

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063614>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nationalrat gewährt mehr als nur eine dürftige Zeitenspende

«Ein Kompromiss ist, wenn alle Beteiligten gleichermassen unglücklich sind, oder das bekommen, was sie nicht wollen. Kompromisse sind nicht mit Glücksgefühlen verbunden» (Angela Merkel). Berichte und Papiere sind geduldig, Partikularinteressen entscheiden über Abstimmungen. Zudem stört das Parlament sich an den ständig wandelnden, zum Teil als subjektiv wahrgenommenen Bedrohungsszenarien. Sicherheitspolitik und Armeefinanzen sind mühsame und zeitintensive Geschäfte. Die Schweizer Politik zeigt jedoch zunehmend Sensibilisierung für die Ängste und Sicherheitsbedürfnisse einer verunsicherten Gesellschaft.



**Oberst Dominik Knill,
Präsident SOG**

Der jüngst präsentierte Expertenbericht Gaillard markiert eine neue Phase im Kampf um den beschleunigten finanziellen Aufwuchs der Armee. Wenn sich all jene, die ebenso lautstark wie halbherzig nach beschleunigter Steigerung der Armeeausgaben gerufen haben, sich vom Inhalt dieses Expertenberichts überrascht zeigen, dann wohl aus Enttäuschung über das sich rasch nähernde Ende der Illusionen, möglichst schmerz- und reibungslos die Armeefinanzen zu erhöhen. Um es vorwegzunehmen: Die Expertengruppe Gaillard hat beeindruckende Arbeit geleistet und mit der gebührenden Emotionslosigkeit auf tatsächlich vorhandenes Sparpotenzial hingewiesen. Wer stets zu finanzpolitischer Verantwortung mahnt, sollte ob der Gründlichkeit und Seriosität der Arbeit begeistert sein.

Die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen haben es in sich. Subventionen sind eines der wichtigsten Mittel, mit denen Politiker ihre Klientelen zufriedenstellen. Subventionskürzungen, die den eigenen Interessenraum betreffen, sind deshalb für jeden Politiker ein Albtraum.

Vielleicht ist das, was der Schweiz jetzt bevorsteht, eine finanzpolitische Zeiten-

wende. Die finanzielle Lage des Bundes kann kaum mehr beschönigt werden. Allein schon die Überalterung der Gesellschaft mit den Konsequenzen für die Finanzierung der Sozialwerke lässt sich nicht wegwünschen. Stellt man diesen Ausgaben die Grosszügigkeit gegenüber, mit der Bundesrat und Parlament bislang viele Sonderinteressen unterstützen, so sind grundsätzliche Anpassungen wohl unausweichlich. Die finanziellen Begehrlichkeiten von links und rechts stehen auf dem Prüfstand. Die in der Schweiz sonst so beliebte Opfersymmetrie dürfte nicht ausreichen. Alle Parteien bewirtschaften auf ihre Art die realen Ängste des Bürgers. Die SP die Angst vor Sozialabbau, Grüne die Umweltangst, die Mitte von allem etwas, die FDP den wirtschaftlichen Niedergang und die SVP die Angst vor den Folgen von Migration und Asyl. Gegen diese Bewirtschaftung von Verlustängsten finanzielle Ansprüche für die Armee geltend zu machen, scheint schwierig.

Was bedeutet das für die Armeefinanzen? Brutal gesagt müssen wir davon ausgehen, dass bei der Finanzierung des BIP-Anteils von einem Prozent bis 2030 unter der Bundeshauskuppel ein heftiger Gegenwind entgegenbläst. Wir hätten während der letzten eineinhalb Jahre eine Chance für eine rasche Stärkung der Armee gehabt, aber die parlamentarischen Flügelkämpfe haben sie zunichtegemacht. Im neuen Verteilkampf geht es um Besitzstandswahrung. Am einfachsten dürfte es sein, trotziger Umsetzung bestehender Planungsszenarien zu drohen und es dabei zu belassen. Aber das entbindet die Armee nicht davon, eine entsprechende Verzichtsplanung vorzubereiten.

Just in diesen angespannten Kontext fällt der Bericht der Studiengruppe Sicherheitspolitik. Als Mitglied dieser Studiengruppe ist es nicht meine Aufgabe, dieses Papier hier inhaltlich zu würdigen. Trotzdem kurz die wesentlichen Erkenntnisse: Die Sicherheitslage ist bedenklich und wird noch schlechter. Die Armee ist daher auszubauen. Die Schweiz muss mehr und besser sicherheitspolitisch und militärisch kooperieren können, und deshalb müssen wir ein neues Verständnis von Neutralität finden, welches sich weniger am 19. Jahrhundert ausrichtet, sich stattdessen aber am Gedan-

ken der kollektiven Sicherheit, wie er der UNO-Charta zugrunde liegt, orientiert.

Der Bericht der Studiengruppe sollte keine eigenständige sicherheitspolitische Konzeption sein, sondern mit den Empfehlungen ein Baustein auf dem Weg zur Erarbeitung der sicherheitspolitischen Strategie 2025. Diese soll Ende 2025 vorliegen. Trotzdem wäre es ein unverständlicher finanzi- und verteidigungspolitischer Fehlschluss zu glauben, die Armee könne auf verbindliche finanzpolitische Zusagen verzichten, bis der Strategiebericht 2026 verabschiedet wird. Die Armee baucht Planungssicherheit und die Finanzen – jetzt!

Wenn das Parlament in der Wintersession 2024 die finanzpolitischen Pflöcke für die kommenden 10 bis 15 Jahre, auch für die Armee, einschlägt, dann wird das entscheidende Einfluss auf die sicherheitspolitische Strategie haben. Wenn es das nicht tut, dann ist die Strategie wenig glaubwürdig.

Der Nationalrat hat in der Herbstsession mit einem soliden bürgerlichen Schulterschluss seine Verantwortung wahrgenommen und in der Armeebotschaft 24 den Zahlungsräumen bis 2028 um 4 auf 29,8 Milliarden erhöht. Am Ende setzte sich die Variante Theiler I durch. Für die Idee eines 10-Milliarden-Sonderfonds mochte sich nur noch das links-grüne Lager erwärmen. So erfreulich diese Weichenstellung ist: Die Wintersession wird es richten müssen. Dann geht es nicht nur um den Zahlungsrahmen, der über Kompensationen geäufnet werden soll, sondern vor allem um das Armeebudget 25. Nur dort fliesst das Geld, um die Rechnungen zu bezahlen. Neben dem Verpflichtungskredit im Rüstungsprogramm von 660 Millionen für die Bodluv mittlere Reichweite muss auch der Voranschlagskredit (Zahlungskredit) von 660 Millionen bewilligt werden. Wer A sagt, muss auch «B-zahlen».

ECKWERTE VARIANTE THEILER I

1. Mehreinnahmen durch Senkung Kantonsanteils der direkten Bundessteuer.
2. Betriebsaufwand Gruppe Verteidigung und Armasuisse senken: 500 Mio. Franken gestaffelt ab 2025 bis 2028.
3. Einsparungen bei der internationalen Zusammenarbeit.
4. Reduzierung Personalaufwand über alle Departemente, ausgenommen Gruppe Verteidigung und Armasuisse.